



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages

"Klimagerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt - Warum wir eine sozial-ökologische Transformation brauchen"

Eine Zusammenfassung der digitalen Fraktion vor Ort-Veranstaltung zum sozialen Klimaschutz von Mechthild Rawert, MdB, und Dr. Matthias Miersch, MdB, am 27. April 2021, 18:00 Uhr bis 19:30 Uhr; Livestream auf YouTube unter: <https://youtu.be/fwTMRgxCWXA>

Vorspann

Der nachfolgende Text zur Online-Veranstaltung "Klimagerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt" beruht auf der simultanen Mitschrift der Schriftdolmetscherin Margret Meyer während der als Livestream auf YouTube gesendeten Veranstaltung. Es handelt sich um eine sinngemäße Wiedergabe der Beiträge der einzelnen Mitwirkenden. Nicht aufgeführt sind die zu Beginn und während der Veranstaltung gemachten Erläuterungen zum Datenschutz und zur Förderung der digitalen Barrierefreiheit. Ich danke meinen Mitarbeiter:innen Louisa Utschakowski für die technische Regie und Reik Högner als Zuschauer*innen-Anwalt.

Veranstaltungsablauf

- 18.00 Uhr Begrüßung und kurze Webex-Einführung Mechthild Rawert, MdB
- 18.10 Uhr Input: Eine sozial-ökologische Transformation
Dr. Matthias Miersch, MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 18:30 Uhr Input: Was passiert eigentlich vor Ort?
Oliver Fey, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg und Sprecher für Straßen, Verkehr, Grünflächen und Umwelt
- 18.40 Uhr Diskussion mit lokalen Akteur*innen und dem Publikum
Moderation: Mechthild Rawert, MdB
- 19:20 Uhr Abschlussstatements
- 19.30 Uhr Schlusswort Mechthild Rawert, MdB

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fon: 030 227-78068
Fax: 030 227-70068
mechthild.rawert@bundestag.de

Facebook: [Mechthild.Rawert](#)
Instagram: [mechthild_rawert](#)
www.mechthild-rawert.de



Begrüßung Mechthild Rawert, MdB

Für Mechthild Rawert ist der soziale Klimaschutz eine der drängendsten gegenwärtigen Zukunftsherausforderungen, es geht um das gemeinsame Überleben auf unserer Welt. Es freut sie, dass sich so viele Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen angemeldet haben: Vertreter*innen aus der nachhaltigen Wirtschaft, aus privaten Energieunternehmen und von Berufsverbänden, Bürger*innen aus Klimaschutzorganisationen genauso wie aus lokalen Klimainitiativen vor Ort, Gesundheitspolitiker*innen wie auch Künstler*innen und SPD-Genoss*innen und weitere Interessierte.

Der nachfolgende Referent, Dr. Matthias Miersch, ist stellv. Fraktionsvorsitzender für Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Tourismus der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der Parlamentarischen Linken, einer Gruppierung innerhalb unserer SPD-Fraktion, der auch sie selbst angehört. Er ist einer der profiliertesten SPD-Parlamentarier. Ihn zeichnet ein ganzheitlicher thematischer und politischer Ansatz aus, sozialer Klimaschutz ist sein Credo.

Eine sozial-ökologische Transformation, Ausführungen von Dr. Matthias Miersch

Sozialer Klimaschutz bedeute sowohl den sozialen Zusammenhalt als auch die Natur zu bewahren und dieses gelinge nur durch das Aufbringen von Empathie für andere. Es sei in den letzten Jahren gelungen, das **Bewusstsein für einen sozialen Klimaschutz zu steigern** – zeitgleich habe aber auch die Polarisierung zugenommen zwischen Positionen, gesellschaftlichen Gruppen als auch Regionen. Miersch plädiert dafür, das Gemeinsame und Soziale immer mitzudenken, ansonsten drohe uns wie in den USA ein Abwenden der Menschen und der Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Dort, wo die AfD die Mehrzahl der Stimmen errungen habe, hätten die Menschen Angst vor der Zukunft.

Es werde zwar oft vom Kohleausstieg 2030, 2050, von 1,5 Grad oder 2 Grad gesprochen. Das sei richtig und wichtig – aber von wirklicher Bedeutung seien die konkreten Umsetzungsschritte jetzt. **Ziele bräuchten belastbare Umsetzungsschritte.** Er sei stolz auf die bisher erreichte gute Transformationspolitik der SPD-Bundestagsfraktion und die ausgehandelten konkreten ordnungsrechtlichen Maßnahmen.

Am jetzigen **Klimaschutzgesetz**, erstmals schon vor 10 Jahren von der SPD-Bundestagsfraktion beantragt, kommt keine Bundesregierung mehr vorbei. Es schreibt jährliche tonnenspezifisch und ressortbezogene Einsparziele für z.B. die Landwirtschaft, den Bau, den Mobilitätssektor, vor. Nun gibt es eine Bilanz, bei der wir aber beachten müssen, dass sie coronabedingte Verfälschungen hat. Die Umsetzung kann nur mit einer guten vorausschauenden Politik vor Ort erfolgen.



Deutschland steigt als einziges Land gleichzeitig aus Kohle und Atom aus. Daher ärgert es ihn, wenn davon gesprochen wird, Deutschland sei beim Klimaschutz zu unambitioniert. Da nicht-nachhaltige Energie auch ihren Preis hat, war es der SPD bei den GroKo-Koalitionsverhandlungen wichtig, dass alle Instrumente des Ausstiegspfad auf den Tisch kommen.

Es wurde das größte **Konjunkturprogramm zur Umsetzung der Klimaschutzziele** aufgelegt, so dass es möglich ist, u.a. auch Wasserstofftechnologien usw. aufzubauen. Leider werden viele der Programme noch nicht realisiert. Als Industrienation können wir uns einen nicht erfolgenden massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht erlauben. Leider gibt es hier auch immer lange Umsetzungsverhandlungen.

So habe er lange mit CDU/CSU wegen der Windrad-Abstandsregeln verhandeln müssen, auch Herr Habek habe vor Ort die 1000-Meter-Regel haben wollen. Durchgesetzt worden seien Verbesserungen bei der Photovoltaik. Gerade letzte Woche sei im Deutschen Bundestag ein **Mieter*innenstrommodell** verabschiedet worden. Außerdem wird es Kommunen ermöglicht, sich an Windkraft zu beteiligen.

Trotz dieser wichtigen Schritte braucht es noch einen Zukunftspakt, der die Verantwortlichkeiten von Bund, Ländern und Kommunen verbindlich regelt, u.a. zur Nutzung von 2% der Fläche in Deutschland und Regelungen. Solche Regelungen sind nicht trivial, 16 Umweltminister*innen haben schon versucht, das Thema Artenschutz und Wind zu klären. Akzeptanz für Genehmigungen für alternative Energie zu bekommen, ist der Schlüssel für alles.

Mechthild Rawert bedankt sich bei Matthias Miersch für den breit aufgespannten thematischen Schirm. Der nächste Inputgeber ist Oliver Fey, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg und Sprecher für Straßen, Verkehr, Grünflächen und Umwelt. Außerdem ist Oliver Fey erneut BVV-Kandidat für den Ortsteil Friedenau.

Was passiert eigentlich vor Ort?, Input von Oliver Fey

Oliver Fey greift das Thema **Schaffung von Akzeptanz** auf und verweist darauf, dass ein Bezirk nicht die oberste Klimaschützerin sein könne. **Ein Bezirk könne nur das umsetzen, was andere auf Bundes- oder Landesebene entschieden hätten.** Bezirke seien bei Umwelt- und Klimaschutz die letzten in der Kette.

In Tempelhof-Schöneberg werde diesbezüglich auch durch die SPD in der BVV vieles umgesetzt: So führe in der Marienfelder Feldmark ein Natur-Ranger Schulklassen und Kitagruppen in das Thema ein und es werde viel in Bezug auf klimaneutrale Dienstgebäude und der Ausstattung der Schulen mit Photovoltaik gemacht.



Mitverhandelt wurde für den letzten Bezirkshaushalt auch das Thema Müllvermeidung. Umwelt- und Klimaschutz ist für die SPD in der BVV ein zentrales Anliegen: Daher auch die engagierten Diskussionen im Bereich der Mobilität u.a. zu einem preiswerteren ÖPNV.

Diskussion mit lokalen Akteur*innen und dem Publikum

Mechthild Rawert dankt Oliver Fey und übergibt das Wort an **Pascal Fuchs vom Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg (KJP-TS)**. Zu Beginn erläutert Pascal Fuchs die Aufgaben und Möglichkeiten des KJP-TS und verweist darauf, dass sie eigene Anträge stellen können, die auch in der BVV beraten werden. **Zum Thema Klimagerechtigkeit gäbe es im KJP-TS keine einheitliche Position.** Die Anträge beziehen sich zumeist auf konkrete notwendige Straßenführungsveränderungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, auf Begrünungsmaßnahmen von Schulgebäuden und Fassaden. Der Umwelt- und Klimaschutz müsse viel stärker in die Lehramtsausbildungen aufgenommen werden, damit in den Schulen stärker darüber informiert werden könne. Oliver Fey bedankt sich für das Engagement des KJP-TS. Deren Einsatz helfe den BVVler*innen nicht betriebsblind zu werden.

Nach der Positionierung werden die ersten Fragen gestellt: **Elisabeth le Claire**, 30-jährige Berlinerin mit großen Sorgen hinsichtlich der Klimakrise und dem damit verbundenen Verlust an globalem Lebensraum und Nahrungsknappheit und der gesellschaftlichen Spaltung aufgrund sozial-ökonomischer Ungleichheit, will wissen: Was konnte und kann die SPD anbieten, damit ihre Sorgen ein Stückweit aufgefangen werden? **Silvan Krisel** fragt: Wie erklären Sie sich, dass die Ausschreibung EEG gebremst wird? Welche Kräfte und Personen sind dafür verantwortlich, dass diese Regelung weiterhin besteht? Wo ist das Umweltprogramm der SPD online zu finden?

Antworten von Matthias Miersch

Erinnert wird an das historische am 25.02.2000 vom Deutschen Bundestag mit den Stimmen der damaligen Regierungsparteien SPD und Grüne sowie der PDS und mit einigen Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetz, welches u.a. ganz wesentlich von Hermann Scheer, 1999 Träger des Alternativen Nobelpreises und SPD-Bundestagsabgeordneter, entwickelt wurde. Mehr als 45 Länder haben diese Grundsätze des EEG übernommen und es hat Deutschland in die Position des Vorreiters gebracht – auch bei der Entwicklung und der industriellen Produktion erneuerbarer Energietechniken.

Die SPD muss sich nicht verstecken, wir haben große Vorgänger wie z.B. dem Klimaforscher Ernst Ulrich von Weizsäcker oder auch Willy Brandt. Das damals eingeführte Umlagemodell funktioniert in dieser Form heute aber nicht mehr und



gehört abgeschafft. Nötig ist eine Finanzierung über den Bundeshaushalt, wobei sehr gut verdienende Privatunternehmen sich aber an den Kosten des Klimaschutzes zu beteiligen haben. Es gibt die CO₂-Bepreisung und den Emissionshandel.

Wir müssen noch mehr tun, damit die Industrieunternehmen, die viel mehr ausstoßen als andere, Klimaschutz-Vorreiter werden. Dies wird nur gelingen, wenn wir stark auf Effizienz achten. Wie kriegen wir das hin? Dazu haben wir das jüngst verabschiedete Klimaschutzgesetz, in dem für die verschiedenen Bereiche festgeschrieben ist, wie viel Tonnen CO₂ einzusparen ist.

Für den Verkehrsbereich gibt es zudem eine europäische Strafmaßnahme, falls dieses in diesem Sektor zu gering ausfällt. Gerade in Richtung Europa müssen wir noch mehr Druck für effizientere Klimaschutzgesetze machen. Jetzt müssen wir auf Bundes- und Landesebene sehr zügig handeln. Wir müssen Vorreiter sein, aber die Bürger*innen müssen immer mitgenommen werden, es geht ums Ziel, aber auch um das Wie zur Zielerreichung. Im SPD-Zukunftsprogramm wollen wir dazu konkrete Vorschläge machen. Schlüssel sind der mit klaren Zielvorgaben versehene Ausbau der erneuerbaren Energien, sind die 2-prozentige Flächennutzung für Erneuerbare, ist die Aussage „kein Dach ohne Photovoltaik“, sind neue Mobilitätskonzepte, etc.

Fragen aus dem Publikum

Nils Milan verweist auf aus seiner Sicht Widersprüchlichkeiten: Warum soll noch der Ausbau der A100 erfolgen? Wenn Bürger*innen zügig auf andere Verkehrsmittel umgeleitet werden, ist der Ausbau doch gar nicht mehr nötig. Und außerdem: Warum wurden 2018 noch Dörfer dem Boden gleich gemacht, wenn wir doch keine langsamen Klimaschutzmaßnahmen wollen. Aus seiner Sicht wirkt dieses ehr wie planloses Hin und Her.

Die zweite Frage bezieht sich auch auf Berlin: Wohnungsneubau wird im Wahlprogramm als sehr wichtig dargestellt. Welchen Sinn macht es neue Wohnungen zu bauen, wenn die Menschen sich diese Wohnungen gar nicht leisten werden können und wo doch noch tausende Wohnungen leer stehen und zu überhöhten Preisen angeboten werden? Die **Vertreterin des Bündnisses Klimaschutz** nimmt der SPD angesichts ihrer Haltung zu Pipeline Nord Stream und Fracking den Willen zu einer ambitionierten Klimaschutzpolitik nicht ab.

Antworten von Matthias Miersch

Jedes der angesprochenen Themen ist ein abendfüllendes. Eine politische Aufgabe ist immer: Mehrheiten finden. Auch im Parlament müssen Mehrheiten gefunden werden, auch zwischen den Koalitionspartnern der GroKo. Auch ein Kompromiss hat politisch seinen Wert. Der Kompromiss zum **Kohleausstieg** ist beispielsweise Demokratie pur: Das erste Mal wurde versucht, viele Aspekte gleichzeitig in die Entscheidungen



einzu beziehen. Am Ende haben alle Beteiligten eingesehen, dass es eine wertvolle Grundlage darstellt, einen Kompromiss zum Ausstiegspfad zu schmieden, der die nächsten 15 Jahre hält und Planungssicherheit für die Beteiligten bedeutet. Unglaublich seien diejenigen, die derzeit sagen, ein Kohleausstieg 2030 sei machbar. Sowohl Mechthild Rawert als auch er selbst haben sich bereits in der vergangenen Legislatur energisch gegen Fracking-Gas ausgesprochen. Vielfach unterschätzt wird der Energiehunger unserer Wirtschaft. Wir müssen gerade auch für die Umstellungsphase für Gas sorgen, u.a. auch von **Nord Stream**.

Es ist gleichzeitig eine richtige aber auch verlogene Debatte, über Russland und Menschenrechte zu sprechen, solange dieses nur bei Nord Stream nicht aber auch beim Erdöl geschehe. Er begrüßt den durch Nils Milan gegebenen Ansporn. Damit kollidiert aber, dass gut vernetzte Bürgerinitiativen jeden Windradausbau lahmlegen, weil da der Rotmilan verkehrt. Wir sind dabei, die Rechtswege zu verkürzen. Wir können es uns nicht leisten, das alles zu verhindern.

Wir brauchen für unsere **Versorgungssicherheit** Gas. Matthias Miersch hält es in Bezug auf Erneuerbare Energien für falsch, auf Schweden oder andere Länder zu verweisen, die immer noch auf Atomkraft setzen. Atomenergie ist nicht nachhaltig. Atomkraft dürfe nicht in gleicher Weise gefördert werden wie Gas. Für ihn als Sozialdemokraten käme eine Struktur von CO₂-Bepreisung nicht in Betracht, die in Kauf nimmt, dass sich viele Einkommensstarke Umweltverschmutzung weiter leisten können. Sowohl die soziale Frage und damit auch ordnungspolitische Regelungen sind bei der CO₂-Bepreisung immer mitzudenken.

Antwort von Mechthild Rawert

Am 15.4.2021 hat das Bundesverfassungsgericht den Berliner **Mietendeckel** gekippt. Das Urteil sage aber nur, dass die Berliner Regelungsebene im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung die falsche Entscheidungsebene war. Das Gericht hat nur über das Wie entschieden nicht über das Ob des Mietendeckels grundsätzlich. Deshalb gibt es innerhalb der GroKo intensive Verhandlungen: Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen gerne bundesweit entsprechende Regelungen umsetzen, wollen eine **Baulandmodernisierung**, wollen die **Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern** - der Widerstand der CDU/CSU-Frakturen bei diesen Maßnahmen ist allerdings sehr groß. In Bezug auf das Berliner Wahlprogramm erläutert Mechthild Rawert die Fragen, u.a. auch die Frage nach der **A100**. Die SPD hat auf ihrem Landesparteitag beschlossen, dass der 16. Bauabschnitt zu Ende gebaut wird. Bevor es zu einem 17. Bauabschnitt kommt, wird es zu ein Verfahren der Bürgerbeteiligung geben.



Antwort von Oliver Fey

Wir sind **auf allen Ebenen zu langsam bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen**. In der Berliner Verwaltung braucht es viel mehr Personal, um die Dinge umzusetzen. So gab es im Bezirksamt lange keine Radverkehrsplaner*innen, weil die Stellen auf Bezirksebene niedriger sortiert werden als auf Landesebene. Wir müssen eine einheitliche Entgeltstruktur schaffen. Die machen das gleiche, haben den gleichen Stempel in der Hand, unterschreiben das, kriegen aber 2 Entgeltgruppen mehr. Wir müssen da besser werden.

Frau Irmtraud Ladek fragt erstens nach der **Klimadividende**, die Lenkungswirkung erzeugen soll und zweitens nach der Attraktivitätssteigerung des ÖPNV in Berlin.

Antwort von Oliver Fey und Mechthild Rawert

Oliver Fey bestätigt, dass es notwendig ist, den **ÖPNV** preiswerter und mit höheren Taktzahlen auszugestalten, die U-Bahn zu verlängern und schlägt als gebürtiger Wuppertaler auch den Bau einer Schwebebahn nach Lichtenrade vor. Wir müssen alles tun, um den Gebrauch des Autos einzuschränken. Die SPD ist hier die richtige Ansprechpartnerin. Mechthild Rawert verweist auf das vor kurzem vom Deutschen Bundestag verabschiedete **Personenbeförderungsgesetz**, der „Bibel“ für den Rechtsrahmen auch für die Entscheidungsmöglichkeiten der Länder. Diese können nun mehr entscheiden und darauf nimmt das Berliner SPD-Wahlprogramm auch Bezug.

Antwort von Matthias Miersch

Er kenne viele Konzepte zum Thema **Klimaprämie** und habe auch einige davon durchgerechnet. Es komme dabei sehr auf den Lebensstil an oder ob mensch auf dem Lande oder in der Stadt lebe. Mitzuberechnen sei die Einführung des CO₂-Preises. Derzeit machen sich vor allem viele Mieter*innenverbände für eine gerechte CO₂-Bepreisung zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen stark. Bei der Bepreisung muss sehr darauf geachtet werden, dass nicht die Falschen entlastet werden, während andere nicht so einfach umsteigen können, weil sie beispielsweise in schlecht sanierten Wohnungen leben. Daher ist die **Aussage „Der Preis lenkt“ keine sozialdemokratische**. Wir müssen über Ordnungsmaßnahmen reden, damit es auch bei den Konzepten zur Klimaprämie gerecht zugeht.

Nicht stehen lassen möchte er die Aussage, das SPD-Programm sei zu unkonkret. Wir wollen das **Pariser Klimaabkommen** zügig durchsetzen. Noch nie hat es ein besseres politisches Abkommen als das Pariser Klimaabkommen gegeben. UN-Generalsekretär António Guterres lobte Deutschland bei seiner Rede im Deutschen Bundestag im Dezember 2020 hinsichtlich der Umsetzung der Klimaschutzziele als vorbildlich. Eine



große Aufgabe sei es, den **Klimaschutz europäisch zu denken**. Die Umsetzung sei nicht einfach, da wir in Europa Länder haben, die von Kohle noch ganz anders dominiert sind als Deutschland. Unser massiver und schneller Umstieg auf die Erneuerbaren gibt Ländern eine Chance, die sie sonst nie gehabt hätten. Wir können einen Mehrwert für die Gemeinschaft bilden.

Claudia Prange, Berlin for Future richtet ihre Frage bezüglich der Photovoltaikanlagen in Schöneberg an Oliver Fey. Derzeit sind 13 Anlagen auf öffentlichen Gebäuden in Betrieb, für 2021/22 sind fünf in der Umsetzungsplanung - Schöneberg hat aber 67 Schulen. Sie ist entsetzt, dass so wenig Photovoltaik geplant wird die nächsten Jahre und fragt, warum das nicht zu beschleunigen sei? Das alles müsse schneller gehen mit dem Klimaschutz, es reicht nicht, in Tempelhof-Schöneberg dafür nur einen einzigen Beauftragten zu haben. Eine andere **Fragestellerin** schildert, dass sie und ihre Umgebung resignative Gefühle hatten als die Ergebnisse des **Kohleausstiegs** bekannt wurden. Ist der Ausstieg ohne CDU/CSU einfacher? Und bei der CO₂-Bepreisung gehe es auch um unseren **Fleischverbrauch**. Wäre es nicht sinnvoll hier die Preise hochzusetzen?

Beantwortung und Abschlussstatements

Frau Le Claire und Pascal Fuchs bedanken sich für die Möglichkeit, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Die Folgen eines unzureichenden Klimawandels sehen wir schon im globalen Süden. **Eingefordert werden für Deutschland noch ehrgeizigere Ziele**. Aber Fridays for Future und Berlin for Future würden dafür sorgen, dass das Thema auf der Agenda bleibt. **Oliver Fey** bestätigt die genannten Zahlen von Frau Prange. Wenn der Bezirk mehr Geld und Personal hätte, wäre er schon weiter. Augenblicklich nimmt er teil am Klima Energy Award, was ggf. auch weitere finanzielle Ressourcen bringt. Die Preisgestaltung des Berliner ÖPNV erfolgt durch die BVG, die ein eigenständiges Unternehmen sei, selbst. **Wir Sozialdemokrat:innen wollen das große Ziel der Verkehrswende schaffen, wollen das 365-Euro-Ticket, wollen die U-Bahn und die Radwege ausbauen, etc.** Wir wollen unsere Ziele zusammen mit den Bürger*innen erreichen.

Matthias Miersch nimmt noch Bezug auf Anmerkungen im Chat und verweist darauf, dass die jeweilige Zeitdauer der Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen auch eine Frage der **politischen Mehrheitsbildung** ist und dass die Herausforderung Zügigkeit von den Parteien durchaus unterschiedlich gesehen wird. Es brauchte in Bezug auf den Kohleausstieg einen langen Diskurs. Es war auch wichtig, dass wir 40 Milliarden für die nächsten 20 Jahre in die Hand nehmen, damit niemand ins Bodenlose fällt. Es ist eine große Frage von Solidarität, auch in der jeweiligen Region gesellschaftlichen Frieden herzustellen. Seiner Meinung nach funktionieren **progressive politische Bündnisse** hier am besten. Große Debatten sind auch noch zu führen in Bezug auf die



Landwirtschaft. Preissteigerungen machen es nicht zwangsläufig besser, da das Geld oft in alten Strukturen der Nutztierhaltung oder der großen Schlachthöfe landet, die nicht nur Tiere, sondern auch Menschen ausbeuten. Es braucht auch ein Mehr an Umweltbildung, diese ist ein Schlüssel. Es gibt hier in Deutschland noch einen hohen Nachholbedarf, deshalb hofft er auf ein Weitermachen der Scientists for Future.

Mechthild Rawert bedankt sich bei allen für die diskussions- und facettenreiche Veranstaltung. Sie bitte alle, doch noch einmal genauer in die **Wahlprogramme** selbst zu schauen – wir Sozialdemokrat*innen sind in der Umwelt-, Energie- und Klimaschutzpolitik sehr aktiv.